



Begehren der Association des Suisses Spoliés d'Algérie ou d'Outre-Mer

Aufgrund des Antrages des EDA vom 19. März 1984

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen: An den Bundesrat

1. Auf das Begehren der Association des Suisses Spoliés d'Algérie ou d'Outre-Mer um Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage für eine ausserordentliche Hilfs- oder Entschädigungsaktion für die Opfer von Kriegs- oder Nationalisierungsschäden kann nicht eingetreten werden.
2. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, der ASSAOM diesen Beschluss in Briefform bekanntzugeben.

Für getreuen Auszug
 Der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
<input checked="" type="checkbox"/>		EDA	8	-
		EDI		
	<input checked="" type="checkbox"/>	EIPD	5	-
		EIMD		
	<input checked="" type="checkbox"/>	EFD	7	-
	<input checked="" type="checkbox"/>	EVD	5	-
		EVED		
	<input checked="" type="checkbox"/>	BK	3	-
	<input checked="" type="checkbox"/>	EFK	2	-
	<input checked="" type="checkbox"/>	Fin. Del.	2	-

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

s.B.31.66.Algier.O1

3003 Bern, den 19. März 1984

s.B.31.31.Frankreich.O1

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Ausgeteilt

Nicht für die Presse

An den Bundesrat

In Algerien erlittene Schäden durch ehemalige Algerien-Schweizer;
Begehren der Association des Suisses Spoliés d'Algérie ou d'Outre-
Mer ("ASSAOM")

1. Vorbemerkungen

Mit Brief vom 12. August 1983 hatte sich die ASSAOM mit dem Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes in Verbindung gesetzt und um eine Audienz unter Hinweis auf die "réticence patente et la carence évidente du Département Fédéral des Affaires Etrangères à résoudre nos problèmes" nachgesucht. Das Generalsekretariat des EVD leitete diese Eingabe unter entsprechender Orientierung der ASSAOM am 1. September 1983 an die Bundeskanzlei weiter. Am 27. Oktober 1983 teilte Herr Bundeskanzler Buser der Vereinigung mit, er werde ihre Eingabe dem Bundesrat zum Entscheid unterbreiten. In der Folge fand eine erste Aussprache im Schosse des Bundesrates statt.

2. Begehren der ASSAOM

Die Forderung der ASSAOM kann am besten umschrieben werden mit den Worten des Präsidenten dieser Vereinigung in einer Fernsehendung

vom Oktober 1982, deren Text dem Bundeskanzler am 16. November 1983 ebenfalls zur Kenntnis gebracht worden ist.

"Nous prions instamment le CONSEIL FEDERAL de se substituer, sans plus tarder, à nos spoliateurs, soit par une mesure provisoire, soit par un article constitutionnel ou par une loi de solidarité nationale pour réparer les injustices dont nous sommes victimes."

3. Stellungnahme

Im Einvernehmen mit der Bundeskanzlei nimmt das für dieses Geschäft zuständige Departement für auswärtige Angelegenheiten wie folgt Stellung:

3.1. Vorkehrungen des Bundes

Es ist zutreffend, dass im Zuge der Unabhängigkeitserklärung von Algerien vom 1. Juni 1962 schweizerische Vermögenswerte sowie französische Versicherungsträger und ihre Deckungskapitalien mit schweizerischen Rentenansprechern entschädigungslos enteignet, bzw. verstaatlicht worden sind. In die erste Kategorie sind 255 Entschädigungsfälle mit einer Schadenssumme von rund Fr. 35 Mio. zu zählen (biens vacants et biens agricoles); in der zweiten Kategorie geht es um rund 500 sozialversicherungsrechtliche Ansprüche, deren Höhe praktisch schwerlich eruiert werden kann.

Unrichtig ist aber die Behauptung, das EDA hätte in all den Jahren nichts unternommen, um die geschädigten Auslandschweizer entweder zu unterstützen oder zu versuchen, ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. So fanden wegen den Nationalisierungsschäden zahlreiche Demarchen und Verhandlungen zwischen algerischen und schweizerischen Delegationen statt. Darüber hat der Bundesrat in seinen Geschäftsberichten 1974, 1976 und 1979 zum Teil sehr eingehend Bericht erstattet. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Beantwortung der Interpellation Biel (datiert vom 19. Juni 1980) am 10. September 1980 hingewiesen.

In einer weiteren Antwort vom 23. Februar 1983 auf die Interpellation de Chastonay vom 29. November 1982 hat der Bundesrat zudem bekanntgegeben, dass im Bereich der Sozialversicherung gewisse Fortschritte erzielt worden seien, indem die französischen Behörden nach unzähligen Bemühungen und Interventionen schweizerischerseits (auf gerichtlicher, administrativer und diplomatischer Ebene) die in Algier zurückgelegten Versicherungszeiten durch Schweizerbürger mit Domizil in Frankreich anerkannt haben. In der Tat hatten diese Demarchen zur Folge, dass von rund 500 Schweizerbürgern zwischen 300-400 Personen in den Genuss der ihnen zustehenden Renten aus der französischen Sozialversicherung kamen. Inbezug auf die restlichen 80-100 Rentenansprechern mit Domizil ausserhalb Frankreichs sind für die nächste Zeit Expertengespräche mit Paris in Aussicht genommen. Es besteht begründete Aussicht, dieses "Contentieux" in absehbarer Zeit ebenfalls einer Lösung zuführen zu können.

Diese wenigen Hinweise lassen erkennen, dass die Behauptung der ASSAOM, der Bund habe für die Algerien-Schweizer nichts getan, unzutreffend ist.

3.2. Fürsorgeaktion

Ebenso ist es unzutreffend, wenn die ASSAOM immer wieder von der "dramatischen Situation" ihrer Mitglieder (so z.B. im Brief ASSAOM vom 26. Oktober 1983 an die Bundeskanzlei) berichtet. So sei vorerst daran erinnert, dass der Bund mit über einer Mio. Schweizerfranken Algerien-Schweizer unterstützte, die nach ihrer Rückwanderung ein Gesuch um eine Beihilfe eingereicht hatten. Im übrigen ist zu unterscheiden zwischen dringenden Fürsorgefällen, für die eine Hilfe sich aufdrängt, und den an sich berechtigten Entschädigungsansprüchen für die in Algerien erlittenen Nationalisierungsschäden. Der Vorsteher des EDA und dessen zuständigen Dienste haben die Komiteevertreter der ASSAOM bei ihren Vorsprachen im Bundeshaus sowie die Mitglieder in Generalversammlungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufgefordert, dem EDA allfällige Notfälle zu melden. Es sind ihm trotz wiederholter Mahungen in den letzten 10 Jahren keine

Unterstützungsgesuche eingereicht worden.

3.3. Entschädigungsaktion

Da die algerischen Behörden sich auf den Standpunkt stellen, sie seien für die Rücknahme ihres eigenen Nationalvermögens nicht entschädigungspflichtig, verlangt die ASSAOM eine Verfassungsbestimmung oder ein Solidaritätsgesetz, das die Haftbarkeit des Bundes anstelle des nach Völkerrecht an sich entschädigungspflichtigen Schuldnerstaates Algerien statuiert. In ihrem obenerwähnten Brief an den Vorsteher des EVD erklärt die ASSAOM dazu: "... notre cause, en fait, ne concerne pas seulement les lésés présents, mais également nos 355'000 émigrés dispersés sur cette planète...". Als Präjudiz beruft sich die ASSAOM auf den Bundesbeschluss vom 13. Juni 1957 über eine ausserordentliche Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer und Rückwanderer sowie auf jenen vom 20. September 1957 über die Gewährung von Vorauszahlungen an schweizerische Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.

Für eine Entschädigungsaktion im gewünschten Sinn brauchte es in der Tat eine verfassungsrechtliche Grundlage. Der Auslandschweizer-Verfassungsartikel 45 bis, welcher nur für die Auslandschweizer gilt, ergäbe eine viel zu schmale Verfassungsgrundlage, da Inlandschweizer mit Vermögenswerten im Ausland ebenfalls Opfer von Nationalisierungsmaßnahmen usw. werden können. Der Bundesrat hat sich schon verschiedentlich, so namentlich in seiner Botschaft vom 2. Juli 1965 über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 45 bis sowie in jener vom 1. Februar 1957 über eine ausserordentliche Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer und Rückwanderer, zur Frage der Haftbarkeit des Staates für erlittene Schäden wegen Kriegser eignissen oder fremden Staatseingriffen einlässlich geäußert. Es besteht kein Anlass, von dieser Auffassung abzuweichen.

Abgesehen von Algerien gibt es andere Länder, die mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen ebenfalls im Rückstand sind; wir erinnern z.B. an die DDR und die UdSSR, mit denen wir noch in Ver-

handlungen stehen. Eine Entschädigungspflicht des Bundes würde unsere Verhandlungsposition gegenüber allen diesen sowie zukünftigen, aber noch nicht bekannten Schuldnerstaaten empfindlich schwächen. Ferner wären finanzielle Auswirkungen einer solchen Entschädigungsgesetzgebung in einem Ausmass zu erwarten, das gar nicht abgeschätzt werden kann.

Die Verwirklichung der Forderung der ASSAOM würde auch dem Solidaritätsfonds der Auslandschweizer, der gerade bezweckt, für Existenzverluste, die durch Krieg, innere Unruhen oder allgemeine politische Zwangsmassnahmen verursacht worden sind, Pauschalentschädigungen zu zahlen, die Grundlage entziehen und ihm den Todesstoss versetzen. Die Idee dieses Fonds ist folgende: Die Einzelnen sollen sich zusammenschliessen, um in genossenschaftlicher Form Vorsorge für den Katastrophenfall zu treffen. Erst wenn die Mittel, über die die private Organisation verfügt, nicht genügen, soll der Staat helfend eingreifen. In diesem Sinn ist auch der Fonds von den Auslandschweizern gewollt und geschaffen worden. Nach der Unabhängigkeit Algeriens hat der Fonds an 170 schweizerische Genossenschafter aus Algerien Pauschalentschädigungen in der Höhe von 1,84 Mio. Franken ausgerichtet. Weil der Entschädigungsfonds noch zuwenig alimentiert war, ist damals der Bund mit etwas mehr als 1 Mio. Franken in Vorschuss getreten, Vorschuss, der in der Zwischenzeit zurückbezahlt worden ist. Diese Ausfallgarantie ist also nur subsidiär.

Wenn die ASSAOM als Präjudiz auf die Bundesbeschlüsse betreffend Kriegsschäden und Vorauszahlungsaktion an schweizerische Naziopfer aus dem Jahre 1957 hinweist, ist nicht zu vergessen, dass sich damals die Auslandschweizer in einer grundsätzlich anderen Lage als heute befanden. Der Solidaritätsfonds bestand noch nicht, ebenso wenig das Bundesgesetz über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer von 21. März 1973, während die AHV, der die Auslandschweizer seit Anbeginn (1948) freiwillig beitreten konnten, noch in den Anfängen steckte. Für die Kriegsoffer des Zweiten Weltkrieges musste eine ausserordentliche Hilfsaktion wegen dringender sozialer Notlage von Tausenden von Auslandschweizern und Rückwanderern ins Leben gerufen

werden, wobei diese Aktion erst noch aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland, die sie im Zusammenhang mit der Nichtdurchführung des Washingtonerabkommens an die Schweiz bezahlt hatte, zu finanzieren war. Die Algerien-Schweizer befinden sich aber nicht in einer Notlage, zumal nach der algerischen Unabhängigkeitserklärung - wie schon erwähnt - jene, die ein Gesuch gestellt hatten, unterstützt worden sind.

Die Vorauszahlungen für die schweizerischen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung andererseits wurden vom Bundesrat in seiner Botschaft vom 1. Februar 1957 ausdrücklich als aussergewöhnliche Aktion bezeichnet, die keinen Präzedenzfall schaffe. Mit der Ausrichtung der vorgeschlagenen Entschädigungen erfülle die Eidgenossenschaft keine Rechtspflicht, sondern erbringe eine freiwillige Leistung. Nach wie vor bestehe die einzige rechtliche Verpflichtung auf deutscher Seite; im Jahre 1961 hat die BRD-Regierung diese Schuld beglichen. Wenn man bedenkt, was diese Gruppe von Schweizerbürgern an Verfolgungsmassnahmen aller Art erlitten hat, kann man sie schwerlich mit jener der Algerien-Schweizer begleichen.

4. Schlussfolgerungen

Aus allen diesen Ueberlegungen kommt das EDA zum Schluss, dass die von der ASSAOM geforderte Gesetzgebung über eine ausserordentliche Hilfs- oder Entschädigungsaktion zu unabsehbaren politischen, finanziellen, administrativen und personellen Auswirkungen führen würde.

Das Departement für auswärtige Angelegenheiten schlägt Ihnen vor, beiliegenden Beschluss zu fassen.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

Beilage

- 1 Beschlussesentwurf zum Mitbericht an die Bundeskanzlei
- Begleiten der Anträge des Volkes
d'Outre-Mer an das Justiz- und Polizei-
departement
- an das Finanzdepartement
- Aufgrund des Antrages des Volkes
an das Volkswirtschafts-
departement

- Protokollauszug an die Bundeskanzlei zum Vollzug
- an das Departement für auswärtige Angelegen-
heiten
1. Auf das Begehren an das Justiz- und Polizeidepartement
- an das Finanzdepartement
- an das Volkswirtschaftsdepartement
2. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, der ASSAM diesen Beschluss
in Briefform bekanntzugeben.

Für getreuen Auszug
Der Protokollführer:

Begehren der Association des Suisses Spoliés d'Algérie ou
d'Outre-Mer

Aufgrund des Antrages des EDA vom 19. März 1984

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Auf das Begehren der Association des Suisses Spoliés d'Algérie ou d'Outre-Mer um Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage für eine ausserordentliche Hilfs- oder Entschädigungsaktion für die Opfer von Kriegs- oder Nationalisierungsschäden kann nicht eingetreten werden.
2. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, der ASSAOM diesen Beschluss in Briefform bekanntzugeben.

Für getreuen Auszug
Der Protokollführer:

Robert H. ...

Pl.- Votre délégation est formée de Messieurs Erwin SUTTER président, Guy de CHAMBERY et du signataire de cette lettre. Une audience de 60 minutes environ nous paraît nécessaire.

zu Antrag EDA vom 19. März 1984

In Algerien erlittene Schäden durch ehemalige Algerien-Schweizer;
Begehren der Association des Suisses Spoliés d'Algérie ou d'Outre-
Mer ("ASSAOM")

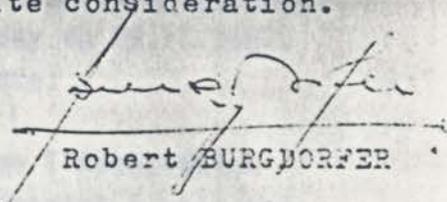
Meyrin, le 12 Août 1983

Monsieur le Conseiller Fédéral,

Depuis 21 ans, nous luttons sans cesse pour obtenir les réparations de nos pertes matérielles et les validations de nos droits sociaux. La réticence patente et la carence évidente du DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES à résoudre nos problèmes, nous amènent à ne pas prolonger davantage notre attente, et nous incitent à nous révolter. Comme notre cause, en fait, ne concerne pas seulement les lésés présents, mais également nos 355.000 émigrés dispersés sur cette planète, nous appelons instamment le CONSEIL FEDERAL à se saisir enfin de nos dossiers et à se pencher sur notre sort.

Afin donc, de vous entretenir personnellement de notre angoissante et déprimante situation, nous nous permettons par cette présente, de vous demander une audience à cet effet. Quoique nous laissons bien entendu, la date de cette entrevue à votre entière convenance, nous vous faisons savoir à tout hasard, que la délégation de notre Association sera à BERNE le 12 Septembre prochain dès 14 heures. Au cas où cette date aurait votre agrément, nous serions naturellement ravis de cette aubaine.

Connaissant vos sentiments humains, nous ne doutons pas que notre requête sera retenue, et dans cette certitude même, nous vous assurons, Monsieur le Conseiller Fédéral, de notre parfaite considération.


Robert BURGENDORFER

PS.- Notre délégation est formée de Messieurs Erwin SUTTER président, Guy de CHAMBRIER et du signataire de cette lettre. Une audience de 60 minutes environ nous paraît nécessaire.

ASSOCIATION DES SUISSES SPOLIÉS D'ALGÉRIE OU D'OUTRE-MER

ASSAOM

SIÈGE SOCIAL:

53, avenue de Mategnin

CH-1217 MEYRIN 1 (GE)

Téléphone (022) 826203

DOMICILE BANCAIRE:

UBS, 1217 MEYRIN 1

AS.60

A250.2

Monsieur Kurt FURGLER
 Conseiller Fédéral
 Département Economie et Finances
 Palais Fédéral
 3003 - BERNE

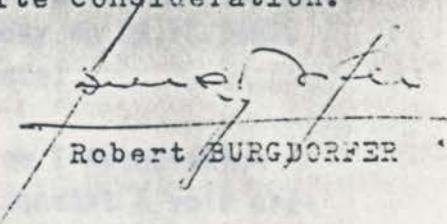
Meyrin, le 12 Août 1983

Monsieur le Conseiller Fédéral,

Depuis 21 ans, nous luttons sans cesse pour obtenir les réparations de nos pertes matérielles et les validations de nos droits sociaux. La réticence patente et la carence évidente du DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES à résoudre nos problèmes, nous amènent à ne pas prolonger davantage notre attente, et nous incitent à nous révolter. Comme notre cause, en fait, ne concerne pas seulement les lésés présents, mais également nos 355.000 émigrés dispersés sur cette planète, nous appelons instamment le CONSEIL FEDERAL à se saisir enfin de nos dossiers et à se pencher sur notre sort.

Afin donc, de vous entretenir personnellement de notre angoissante et déprimante situation, nous nous permettons par cette présente, de vous demander une audience à cet effet. Quoique nous laissons bien entendu, la date de cette entrevue à votre entière convenance, nous vous faisons savoir à tout hasard, que la délégation de notre Association sera à BERNE le 12 Septembre prochain dès 14 heures. Au cas où cette date aurait votre agrément, nous serions naturellement ravis de cette aubaine.

Connaissant vos sentiments humains, nous ne doutons pas que notre requête sera retenue, et dans cette certitude même, nous vous assurons, Monsieur le Conseiller Fédéral, de notre parfaite considération.



Robert BURGDORFER

PS.- Notre délégation est formée de Messieurs Erwin SUTTER président, Guy de CHAMBRIER et du signataire de cette lettre. Une audience de 60 minutes environ nous paraît nécessaire.



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Berne, 14 mai 1984 FC/Ki

Association des Suisses spoliés
 d'Algérie ou d'Outre-Mer
 53, Av. de Mategnin

1217 Meyrin 1

Monsieur le Président,
 Mesdames et Messieurs,

Le Conseil fédéral a examiné vos diverses requêtes adressées au chef du Département de l'économie publique et au Chancelier de la Confédération depuis votre lettre du 12 août 1983. Il a également entendu les explications qui lui ont été fournies sur la situation de vos membres. Vous souhaitez voir introduire en Suisse une législation semblable à celle qui avait été prise à l'époque, en faveur des victimes du nazisme ou des victimes de la dernière guerre. Le Conseil fédéral estime que cette mesure ne peut être considérée comme un précédent justifiant une telle démarche: il n'existait pas, à cette époque de fonds de solidarité des Suisses à l'étranger, créé depuis lors précisément pour venir en aide à des ressortissants suisses mis dans une situation de rigueur excessive par le fait de gouvernements d'autres pays. Ce fonds est en revanche intervenu pour vos membres victimes de tels cas de rigueur. Pour le surplus, le Conseil fédéral s'est prononcé sur le problème de la responsabilité de l'Etat à l'égard des Suisses victimes d'expropriation à l'étranger ou de dommages de guerre dans ses messages sur l'introduction d'un art. 45 bis de la Constitution (du 2 juillet 1965) et dans celui qu'il a adressé au Parlement le 1er février 1957. Nous vous renvoyons à ces documents. Le Conseil fédéral ne pense pas opportun de changer ces positions dans le cas qui vous intéresse. Il s'en tient aux principes rappelés en réponse aux interpellations Biel du 19.6.80 et de Chastonay du 29.11.1982. Fondé sur ces motifs il a pris la décision suivante:

1. Il n'est pas entré en matière sur la demande de l'Association des Suisses spoliés d'Algérie et d'Outre-Mer tendant à voir créer une base constitutionnelle permettant l'octroi d'aide ou d'indemnités compensatrices extraordinaires pour les dommages subis par des Suisses à la suite de fait de guerre ou de nationalisations à l'étranger.

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL
 CONSIGLIO FEDERALE

18. April 1984
 546

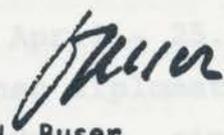
- 2 -

2. La Chancellerie fédérale est chargée de communiquer cette décision par une lettre à l'ASSOAM.

Je vous prie de bien vouloir prendre ainsi note de la décision du gouvernement suisse et d'agrèer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, l'expression de ma considération très distinguée.

CHANCELLERIE FEDERALE

Le Chancelier de la Confédération suisse


 W. Buser

1. Die Schweiz nimmt vom 10. April bis 13. Mai 1984 in London an der von der IMO einberufenen vierten Konferenz teil, die zum Ziel hat, die Erarbeitung eines Übereinkommens über die Haftung und Entschädigung bei der Beförderung von schädlichen und gefährlichen Stoffen auf See, 2. des Protokolls zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden sowie 3. des Protokolls zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden zu prüfen und anzunehmen.
2. Die Delegation besteht aus
- Dr. Walter Müller, Mitglied und Experte für Seeschiffahrtsrecht der Schweizerischen Seeschiffahrtskommission, als Delegationschef;